



Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsaus- schusses Gilching

Sitzungstermin:	Montag, den 23. November 2015
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	19:01 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Sitzungssaal, Rathausstr. 2, Gilching

Anwesend sind:

1. Bürgermeister	Manfred Walter
Gemeinderat	Wilhelm Boneberger
Gemeinderat	Herbert Gebauer
Gemeinderätin	Eva Hackstein
Gemeinderätin	Dorothea Heutelbach
Gemeinderat	Hermann Högner
Gemeinderätin	Karin Keil
Gemeinderat	Harald Schwab

Herr Pok Erich Heinz, Polizeiinspektion Germering

Gesetzliche Mitgliederzahl:	9
Anwesend bei Beginn der Sitzung:	8

Schriftführer: Tobias Baumann

Vor Eintritt in die Beratungen stellt der 1. Bürgermeister Walter fest:

1. Unter Bekanntgabe der Tagesordnung ist ordnungsgemäße Ladung erfolgt.
2. Die Tagesordnung wurde ortsüblich veröffentlicht.
3. Beschlussfähigkeit ist gegeben, nachdem mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
4. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben; sie ist somit genehmigt.

Protokoll:

1. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss genehmigt die Sitzungsniederschrift vom 05.10.2015.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

2. Antrag der SPD-Fraktion auf Ausweisung von Parkplätzen für Elektroautos und Hybride laut Elektromobilitätsgesetz (EMoG)

Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss möge über den Antrag von Herrn Wauthier für die SPD-Fraktion diskutieren und entscheiden. Die Gemeinde wird beauftragt, dem UEVA geeignete Standorte zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

**3. Beschilderung Ortsteil Geisenbrunn;
Antrag auf Aufstellung normaler Ortstafeln**

Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss nimmt vom Sachverhalt Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufstellung von Ortstafeln mit Nachdruck weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

**4. Antrag für die vorübergehende Errichtung einer Halteverbotszone
Hier: Aufstellen und Entfernen der Halteverbotszeichen durch den Bauhof gegen Kostenerstattung**

1. Der Umwelt- Energie- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.
2. Anträge auf vorübergehende Errichtung einer Halteverbotszone sind künftig ohne dem Angebot „*Aufstellen und Entfernen der Halteverbotsschilder durch den Bauhof gegen Kostenerstattung*“ zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

**5. AGENDA 21
Antrag Karl-Valentin-Weg: Absenkung Randstein Einfahrt Römerstraße vom 29.09.2015**

1. Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag Karl-Valentin-Weg mit Begründung der AGENDA 21 für Gilching - Arbeitskreis Verkehr vom 24.09.2015 zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Antrages beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

**6. AGENDA 21
Antrag Am Markt 2: Rückbau Pflasterweg vom 24.09.2015**

1. Der Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag Am Markt mit Begründung der AGENDA 21 für Gilching - Arbeitskreis Verkehr vom 24.09.2015 und den Sachstand der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Antrages beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0

7. Staubfreimachung des Karl-Valentin-Weges

1. Der Umwelt- Energie- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird mit der Asphaltierung des markierten Bereiches des Karl-Valentin-Weges beauftragt.
3. Entsprechende Haushaltsmittel werden auf der Haushaltsstelle 6300.9510 *Straßen, Plätze, Brücken u.ä. Planungskosten, Staubfreimachung* für das Haushaltsjahr 2016 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 8

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8. Sachstandsbericht blühende Straßenränder

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

9. Stand der Energiewende Fortschritte 2015

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

10. Verschiedenes

10. Zuständigkeiten bei verkehrsrechtlichen Anordnungen

1

BGM Walter erklärt die Zuständigkeiten bei verkehrsrechtlichen Anordnungen, insbesondere solche für Geschwindigkeitsbeschränkungen. Das Verfahren sieht vor, dass die zuständige Behörde Stellungnahmen von anderen Stellen, wie hauptsächlich der Polizei einholt.

Für die Einrichtung von verkehrsregelnden Maßnahmen ist eine besondere Gefahrenlage erforderlich, eine allgemeine ohne Anscheinsgefahr reicht nicht aus. So wären beispielsweise die Geschwindigkeitsbegrenzungen im Starnberger Weg und der Karolingerstraße vor Gericht nicht haltbar, da sie entgegen der Empfehlung der Polizeiinspektion Germering eingerichtet wurden.

Zurzeit wird die Einführung einer generellen Regelung vor Schulen, Seniorenheimen und ähnlichem diskutiert.

10. Aufstellung des Weihnachtsbaums im Ortszentrum

2

GRin Heutelbach erkundigt sich nach den Kosten für die Aufstellung des Weihnachtsbaumes im Ortszentrum.

BGM Walter gibt an, dass dieser von einer Privatperson gespendet wird und Herr Murr vom Bauamt teilt mit, dass die Kosten für den zur Aufstellung des 12 Meter hohen und 4,5 Tonnen schweren Baums erforderlichen Kran 1.000,00 € betragen. Hinzu kommen Kosten für Strom und Arbeitszeiten der Bauhofmitarbeiter.

GRin Heutelbach teilt mit, dass ein kleinerer Baum auch gereicht hätte, worauf BGM Walter antwortet, dass kein anderer zur Verfügung gestellt wurde.

GRin Keil findet, dass ein Weihnachtsbaum im Ortszentrum schon eine gewisse Größe haben sollte.

BGM Walter teilt zum Thema außerdem mit, dass einige Asylanten die Anlieferung und Aufstellung des Baums interessiert zuschauten.

10. Beschilderung Dornierstraße

3

BGM Walter stellt die Frage, ob der Beschluss der letzten Ausschuss-Sitzung zur Parkbeschränkung für LKWs in der Dornierstraße, nach welcher LKWs in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr nur mit Parkscheibe und höchstens drei Stunden parken dürfen, vollzogen werden soll.

Im Vorfeld hatte Herr POK Heinz angemerkt, dass durch diese Regelung die vorgeschriebenen Ruhezeiten von den LKW-Fahrern nicht mehr eingehalten werden können. Außerdem löse sich das aus seiner Sicht nicht brennende Problem von selbst, wenn das Gewerbegebiet vollständig bebaut ist. Herr Heinz gibt außerdem zu bedenken, dass sich die LKWs aufgrund dieser Regelung auf Wohngebiete oder die Staatsstraße 2069 verteilen.

Aus diesem Grund sollte auch aus Sicht von GRin Hackstein vorerst vom Vollzug des Beschlusses abgesehen werden.

BGM Walter gibt zudem zu bedenken, dass für eine entsprechende Regelung extrem viele, nämlich vier Verkehrszeichen pro Masten notwendig sind.

GR Gebauer merkt an, dass das bestehende Müllproblem durch diese Regelung nicht gelöst wird.

BGM Walter teilt mit, dass der Beschluss gefasst wurde und aufgehoben werden müsste, wenn der Vollzug nun doch nicht mehr gewünscht ist.

GRin Heutelbach fragt nach, wer die Regelung kontrolliert, worauf BGM Walter antwortet, dass dies durch den für die Verkehrsüberwachung zuständigen Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberland durchgeführt wird.

Der Beschluss soll nach Ansicht der Mitglieder des Ausschusses vorerst vollzogen werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. **1. Bürgermeister Walter** schließt die Sitzung um 19:01 Uhr.

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Niederschrift:

Manfred Walter
1. Bürgermeister

Tobias Baumann
Schriftführer